



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

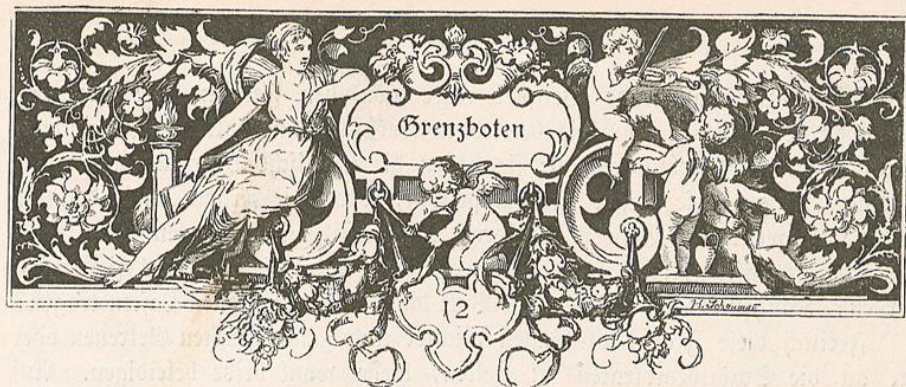
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Aussichten der Militärvorlage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Aussichten der Militärvorlage



edeutet die Stille, in der die Galeere der Militärvorlage nun schon seit Monaten segelt, glückliche Fahrt oder Stille vor dem Sturm? Wer von den politischen Wettermachern getraute sich, diese Frage mit Bestimmtheit zu beantworten! Hat doch selbst die vorläufige Ablehnung der Vorlage durch die Militärkommission die Wellen nur erst leicht gekräuselt. Dazwischen geht die Zeit doch „aufrecht unter ihrer Last.“ Sie hat auch in eine Reihe anfangs hart umstrittener Fragen Klärung gebracht. So tritt, abgesehen von gelegentlichem wehmütigem Grollen der Kreuzzeitung, heute niemand mehr für Beibehaltung oder richtiger Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit ein. Das Quinquennat hat keine ernstesten Gegner. Die Formel, die zweijährige Dienstpflicht der Fußtruppen für die Dauer der neuen Friedenspräsenz auch gesetzlich festzulegen, ist so gut wie gefunden. Die Frage, ob Deutschland imstande sein werde, alljährlich ein Mehr von 60000 wehrfähigen Rekruten aufzubringen, hat sich auf den fast inhaltslosen Streit darüber zugespitzt, was unter Schönheitsfehlern und was unter leichten, die Diensttauglichkeit keinesfalls aufhebenden Gebrechen zu verstehen sei. Die Verantwortung dafür, wie die neuzugründenden Stellen der 2138 Offiziere und 11857 Unteroffiziere besetzt werden sollen, ist man geneigt, ausschließlich der Regierung zu überlassen. Endlich haben auch die finanziellen Berechnungen der Militärverwaltung dem scharfen Fragefeuer des großen freisinnigen Rechenmeisters Stand gehalten. Es bleibt mithin bei den rund 64 Millionen dauernden Mehrausgaben, wenn auch offen eingeräumt worden ist, daß die Kasernierung der neuen Truppenteile und die Steigerung des Pensionsetats auf eine Reihe von Jahren hinaus beträchtliche Mehraufwendungen erfordern werden. Die Kommissionsberatungen haben also, obschon sie äußerlich

das fast einzig dastehende Beispiel einer von den Feinden wie von den Freunden der Vorlage einmütig betriebenen Verschleppungstaktik boten, immerhin ein positives Ergebnis gehabt: sie haben die technische Durchführbarkeit der Vorlage so gut wie außer Zweifel gestellt, sodaß die Frage, entkleidet von allem untergeordneten Beiwerk, in ihrem Lapidarstil wieder lauten kann: Soll die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres und wie weit soll sie erhöht werden? Kann und will das deutsche Volk die damit verbundenen Lasten tragen?

Freilich diese Fragen an Eugen Richter und seine nächsten Getreuen oder gar an die Sozialdemokraten zu stellen, hieße wohl beide beleidigen. Auf ihr „unentwegtes,“ männerstolzes Nein! das von der Reichsverfassung an nun schon unter so vielen für Deutschland notwendigen und segensreichen Gesetzen prangt, kann man sich sicher verlassen. Merkwürdig und — wenn die Frage nicht so ernst wäre — belustigend ist nur, daß alle Welt hinter dem mindestens ebenso kräftig und pathetisch ausgesprochenen Nein! des Dr. Lieber und der Zentrumsoffiziösen doch immer wieder ein schüchternes Ja, wenn —! herauszuhören glaubt. Vergewärtigt man sich, daß das Zentrum mit seinem Anhang von Polen und Welsen über mindestens 140 von den 397 Stimmen des Reichstags verfügt, denen die ehemaligen Kartellparteien zusammen nur etwa 130 gegenüberzustellen haben, während die freisinnige Partei rund 70 Stimmen zählt, so muß man, wenn man gerecht sein will, eins zugestehn: es ist für den Grafen Caprivi eine starke Versuchung, die Militärvorlage, von deren gebieterischer Notwendigkeit für Deutschland er im Innersten überzeugt ist, aus der Hand des Zentrums anzunehmen. Und wenn das Zentrum einmal bewilligt, dann wird es auch nicht knauserig sein. Für die etwa abzukommendirenden Zentrumsdemokraten würden die Konservativen gern auf die Schanzen treten. Ganz nüchtern betrachtet, würde Graf Caprivi ohne Frage ein glänzendes Geschäft machen, wenn er dies günstige Ergebnis durch Preisgebung des Jesuitengesetzes erreichen könnte. Die Grenzboten haben sich über den Wert dieses Gesetzes schon vor Jahren, ehe noch an die Möglichkeit zu denken war, es als einen Handelsgegenstand zu verwerten, sehr kühl ausgesprochen. Der Befugnis, einen Deutschen bloß deshalb, weil er der „Gesellschaft Jesu“ angehört, kraft des Gesetzes aus bestimmten Bezirken auszuweisen oder auf einen bestimmten Bezirk zu beschränken, wird immer das Odium der Gesinnungsverfolgung und des Gewissenszwanges ankleben. Wir verdenken es unsern katholischen Mitbürgern nicht, daß sie die Beseitigung dieses Bannrechts fordern, nachdem dasselbe Unrecht gegenüber der Sozialdemokratie jetzt geführt worden ist. Das Recht, jesuitische oder nichtjesuitische Ausländer aus dem Landesgebiete zu weisen, wenn sie lästig fallen, das Recht, Ordensniederlassungen zu verhindern und ihnen Korporationsrechte zu verweigern, bleibt den einzelnen Bundesstaaten ohnedies als unbestrittenes, auf dem Verwaltungswege auszuübendes Hoheitsrecht. Das Reich hat keinen Grund und

verfassungsmäßig auch keinen Beruf, den Einzelstaaten die Last dieser Verantwortung abzunehmen. Übrigens ist von der Ausweisungsbefugnis und dem Bannrecht während der zwanzig Jahre, daß das Gesetz besteht, so gut wie kein Gebrauch gemacht worden, und doch weiß jedermann, daß es während der ganzen Zeit an deutschen und ausländischen Jesuiten in Deutschland nie gefehlt hat. Daß der jetzt eben entfachte Petitionssturm gegen Wiederzulassung der Jesuiten nur äußerst matt verläuft, müssen selbst die zugeben, die hierin die unverfälschten Regungen der Volksseele zu erblicken geneigt sind. Wir wiederholen also, daß wir vom Standpunkte der Gerechtigkeit und einer nüchternen Realpolitik aus dem aufgehobnen Jesuitengesetz keine Thräne nachweinen würden. Trotzdem wäre es höchst bedauerlich, wenn die Reichsregierung ihre Militärvorlage von dem Zentrum gegen das Jesuitengesetz einmarkten müßte. Wir Deutschen sind nun einmal keine business-men. Es widerstrebt unsrer idealen Anschauungsweise, dem Duell unsrer Schwäche wie unsrer Stärke, Dinge, die mit Religion, Glaubensfreiheit, mit unsern heiligsten Gefühlen in einem wenn auch vielleicht nur eingebildeten Zusammenhang stehen, gegen Geld und Soldaten hinzugeben. Es geht zugleich gegen unsre besten nationalen Empfindungen, die Sicherstellung des Reichs am Ende der freundlichen Vermittlung einer außerdeutschen geistlichen und doch recht weltlichen Macht verdanken zu müssen. Kann aber, wie die Dinge nun einmal liegen, diese Notwendigkeit überhaupt noch vermieden werden? An ein Zurückziehen oder Vertagen der Vorlage ist nicht zu denken. Das Ansehen der Regierung ist diesmal doch noch ganz anders damit verknüpft, als mit dem Zedlitzschen Volksschulgesetzentwurf. Zahlenmäßig betrachtet, bliebe zwar noch die Möglichkeit, das Gesetz mit Hilfe der Konservativen, Nationalliberalen und — Freisinnigen durchzubringen. Aber daß von den Freisinnigen „die um Richter“ unter allen Umständen auszuscheiden wären, haben wir schon erwähnt. Sich auf eine Spaltung der Freisinnigen zu verlassen, wäre trotz der in den letzten Tagen drohend gewordenen Sezession des Hingeknickertischen Flügels gewagt. So gern auch ein ansehnlicher Teil der Partei dem Grafen Caprivi entgegenkommen würde, so ist es doch klüger, damit zu rechnen, daß die unseligen Fraktionsinteressen auch diesmal wieder die Oberhand behalten werden. Zudem müßte, um diesen Weg auch nur einigermaßen gangbar zu machen, die Vorlage sehr stark, wahrscheinlich noch bis unter die Grenze der Bennigsen'schen Vermittlungsvorschläge beschnitten werden. In der That eine verzweifelte Lage, aus der, wir fürchten es, nur die Auflösung des Reichstags herausführen kann.

Sind denn aber für diesen Fall die Aussichten der Regierung wirklich so hoffnungslos? Wir glauben: nein, wenn sie aus der Geschichte der letzten Monate zu lernen verstanden hat. Diese Geschichte lehrt, wie uns scheint, folgendes.

Die Vorlage ist in ihrer bisherigen Gestalt nicht, auch nicht mit Hilfe schwerer Opfer an das Zentrum zu retten. Das Motto: Aut Caesar aut nihil hat bisher nicht versangen und wird es bei Neuwahlen erst recht nicht. Zudem hat man aus manchem beredten Schweigen und andern Anzeichen schon zu deutlich herausgehört, daß die Militärverwaltung die Sicherheit und Stärke Deutschlands schließlich auch bei einer geringern Friedenspräsenzstärke als 492 068 Mann und 78 809 Unteroffiziere für gewährleistet hält. Dann ist aber unerläßlich, spätestens in der Auflösungsbotschaft diese untere Grenze klipp und klar zu bezeichnen. Der neukandidierende regierungsfreundliche Abgeordnete ist dann in der taktisch wertvollen Lage, seinen Wählern zu sagen, daß er allzu schwere Lasten von ihnen abgewendet habe. Mit um so größerer Überzeugungskraft wird er dann für das unumgängliche Minus eintreten können. Die Frage ist dann auch der großen Masse leicht verständlich, wie sie auch 1887 einfach auf Septennat oder jährliche Bewilligung gestellt war. Wir möchten persönlich glauben, daß die Regierung zufrieden sein könne, wenn sie die vierten Bataillone, offenbar das eigentliche Rückgrat des ganzen Reformplanes, und die ihr kaum ernstlich streitig gemachten Vervollständigungen gewisser Spezialwaffen durchdrückt; im übrigen möge sie sich mit einem mäßigen Ausgleich der Etatsstärke der Infanterieregimenter begnügen. Die Hauptsache eines guten Wahlprogramms, das Vertrauen zur Regierung, steht freilich überhaupt nicht auf Papier geschrieben. Immerhin darf daran erinnert werden, daß Professor Delbrück, vielleicht der unerschrockenste Vorkämpfer der Militärvorlage, schon vor ihrer Einbringung das nötige Entgegenkommen der Militärverwaltung gegen gewisse, sehr berechtigte Empfindungen des auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht geeinten Nation vermißte. Dahin gehört z. B. der fast einstimmige Ruf nach einer Strafprozeßordnung für das Heer, die wenn nicht die Öffentlichkeit, so doch die Mündlichkeit und einige andre fast selbstverständliche Bürgschaften eines gerechten Strafverfahrens bietet. Niemand bezweifelt ferner den ernststen Willen aller obern militärischen Stellen, die immer wieder auftauchenden Soldatenmißhandlungen auszurotten. Aber man erinnert sich, daß, wo ein Wille ist, auch ein Weg sein muß, und ihre Ohnmacht, einen solchen Weg zu finden, wird gerade die Militärverwaltung doch nicht bekennen wollen. Man fragt auch, ob der vortreffliche kaiserliche Erlaß vom April 1890, der auf einfachere Lebenshaltung des Offizierkorps drang, der innerhalb und außerhalb der Armee, namentlich auch von den Vätern der Leutnants, Fähnriche und Einjährigfreiwilligen aufs freudigste begrüßt wurde, und von dem man sich einst die heilsamsten Wirkungen auch gegenüber dem Luxus der bürgerlichen Kreise versprach, nicht auf dem Papier stehen geblieben ist. Man findet es billig, daß angesichts einer Vorlage, die für die Armee vom ganzen Volke neue schwere Opfer und Einschränkungen auch der Wohlhabenden fordert, die Armee selbst mit einer ernststen und be-

scheiden Lebenshaltung vorangehen sollte. Die Empfindung, daß Nähr- und Lehrstand von dem Wehrstand in materiellen und sogar gesellschaftlichen Dingen mehr, als ein vaterlandliebendes, zur Lösung hoher Kulturaufgaben berufenes Volk zugeben darf, überwuchert werden, ist in recht breiten und recht gutgesinnten Schichten der Bevölkerung verbreitet. Endlich ist es selbstverständlich, daß eine Wahlpropaganda nach dem Muster des Militärwochenblatts die Dinge schließlich ins hoffnungslose verbösern müßte. Die verunglimpft Landwehr, die in einem künftigen Wahlfeldzuge doch die Kerntuppen für die Militärvorlage zu stellen haben würde, wartet immer noch auf eine wirkliche Genugthuung. Alles das und andres mehr sind Ponderabilien und Impponderabilien, mit denen bei einem soldatenfreundlichen und auch der jetzigen Vorlage im Grunde nicht abgeneigten Volke, wie dem deutschen, Wahlen gemacht oder — verdorben werden.

Daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation — wohlverstanden, diese als Ganzes betrachtet — hinreichen würde, die Kosten der neuen Vorlage zu tragen, darf heute als ausgemacht gelten, nachdem sie volkswirtschaftliche Autoritäten aller Parteirichtungen bejaht haben. Nur ist bei all den vergleichenden Betrachtungen mit der Belastung anderer Nationen und bei den Steuerprozenten, die jetzt die Zeitungen füllen, das eine regelmäßig vergessen worden, daß dabei alles auf die Art der Verteilung der Steuern ankommt. Deshalb wollen Durchschnitte nach der Kopfszahl der Bevölkerungen an sich recht wenig besagen. Bedenkt man, daß die Einkommensteuerpflicht z. B. in Sachsen schon bei 300 Mark, in Preußen bei 900 Mark, in England erst bei 3000 Mark Einkommen beginnt, daß ferner in Deutschland etwa drei Viertel aller an sich steuerpflichtigen Personen weniger als 900 Mark Einkommen haben, so ist klar, daß die Fähigkeit, die erhöhten Lasten zu tragen, doch nur bei den wenigen hohen Einkommen, dort aber auch sicher vorhanden ist. Die Regierungen müssen deshalb unbedingt den Entschluß finden, den geforderten Mehraufwand ausschließlich auf diese kräftigern Schultern zu legen. Sind es doch dieselben Klassen, denen die von der Armee geschaffne Sicherheit des Erwerbs absolut und relativ auch am meisten zu gute kommt. Man sollte deshalb die ohnedies hoffnungslose Bier- und Branntweinsteuer gar nicht erst wieder vorlegen. Das Rechenexempel mit dem halben Pfennig auf den Liter erinnert doch sehr an den alten Scholastenstreit über den Begriff des *aeervus*: wieviel Sandkörner dazu gehören, bevor von einem Haufen geredet werden könne. Die kinderreichen untern Klassen sind ohne Zweifel auch bei uns von der indirekten Besteuerung reichlich genug erfaßt, und einmal muß in Tausenden von Familien der Punkt kommen, wo auch ein Mehr von einem halben Pfennig täglich das Maß überlaufen läßt. Die Branntweinsteuer lieber nicht anzurühren, dazu sollte schon der neuentsbrannte agrarische Streit mahnen. In so heikeln Steuerfragen sind die bestehenden Zustände häufig schon deshalb die besten, weil sie

nun einmal bestehen. Der Börsensteuer wünschen wir den besten Erfolg. Aber sicher ist, daß sie den notwendigen Bedarf allein nicht aufbringen kann. Was dann? Das Reich ist in der glücklichen Lage, seinen Mehrbedarf allezeit von den Einzelstaaten einfordern zu können. Der Verzicht auf die Bier- und Branntweinsteuer würde also unmittelbar zur Folge haben, die einzelnen Bundesstaaten zur stärkern Anspannung ihrer direkten Besteuerung zu zwingen. Für jede einzelstaatliche Steuerreform ist aber, wie heute die Dinge liegen, durch die technisch ausgezeichnete und eminent gerechte Steuerpolitik des preussischen Finanzministers Miquel ein für allemal der Weg gewiesen. So würde mittelbar die Militärvorlage auch ein Stück ausgleichender Sozialpolitik nach sich ziehen. Und dann brauchten, darin stimmen wir der vortrefflichen kleinen Broschüre Jastrows bei, die Deutschen auch nicht mehr zu fürchten, daß andre wichtige, unter dem Zeichen des Mars jetzt über Gebühr vernachlässigte Kulturinteressen dauernd zurückgesetzt werden müßten.



Weder Kommunismus noch Kapitalismus

10



ir haben in einer Reihe von Aufsätzen die Entwicklung der englischen und der deutschen Arbeit und ihre Ergebnisse skizziert. Aus dieser Skizze hat sich ein Gesetz ergeben: dem ärmern Volke, also der Masse des Volkes, geht es wohl, so lange reichlich freier Grund und Boden vorhanden ist, oder anders ausgedrückt, so lange es dem Boden an Händen fehlt; kehrt sich das Verhältnis um, fehlt es den Händen an Boden, gleichviel ob infolge wirklicher Übervölkerung oder weil dem Volke durch Gewaltthat, die sich meist in Gesetze verkleidet, sein Land gesperrt wird, so ist das Volk elend. Außerdem haben wir eine für die Beurteilung der heutigen Lage wichtige Thatsache gefunden. Im Mittelalter entsprangen die Leiden der nordeuropäischen Völker der unvollkommen beherrschten Natur in einem kalten Klima. Sofern diese Völker solche Bequemlichkeiten entbehrten, die dem Menschen nicht an sich, sondern nur durch Gewohnheit oder Verwöhnung Bedürfnis sind, wurde solche Entbehrung gar nicht als Leiden empfunden. Was aber so empfunden wurde, z. B. die Winterkälte, für deren Abwehr man trotz großen Holzreichtums sehr unvollkommen gerüstet war, daraus entsprang kein sozialer Gegensatz, weil die Reichen diese Unbequemlichkeiten so gut zu tragen hatten wie die Armen, und weil die Zahl